

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 43/45. Jahrg.

28. Okt. 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Litzow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8—9.

Insertion Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort: Scheuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Der Schutzverband kündigt!

Der Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer hat dem Vorstandsvorsitzenden folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Betr. Kündigung des Gehilfentarifes.“

Auf Grund der Bestimmungen des § 3 des Tarifvertrages für das Deutsche Lithographie-, Offset-, Steindruck-, Notendruck- und Notenstichgewerbe und die Deutsche Bromsilber-Kunstdruckindustrie kündigen wir hiermit mit Wirkung zum 2. Dezember 1932 die Bestimmungen der Ziffer 4, ebenso die Bestimmungen des § 5 Ziffer 16 des Tarifvertrages.

Wir behalten uns vor, rechtzeitig unsere Abänderungsanträge einzureichen.“

Dieses Kündigungsschreiben des Schutzverbandes ist das Eingeständnis eines mißlungenen Vorstoßes gegen die Gehilfenschaft. Die Kollegen sind darüber unterrichtet, daß die Lohnabbau-Notverordnung der Papen-Regierung von uns für die Kollegenschaft unzutreffend erklärt wurde. Der Schutzverband mußte notgedrungen unsere Rechtsauffassung anerkennen. Um aber auch zu einem Lohnabbau zu kommen, machte er eine recht anfechtbare Eingabe an das Reichsarbeitsministerium mit der Absicht, ein Ausnahmegesetz gegen die Gehilfenschaft zu erreichen. Trotz der im RAM. gepflogenen Parteibesprechungen und

des ausgesprochenen politischen Rechtskurses konnte mit einer Ablehnung des schutzverbandlichen Verlangens gerechnet werden. Diese Ablehnung scheint jetzt erfolgt zu sein. Die Kündigung des Schutzverbandes ist nur ein Eingeständnis.

Der Schutzverband kündigt in seinem Schreiben Ziffer 4 (§ 3) und Ziffer 16 (§ 5) des Tarifes.

Ziffer 4 (§ 3) lautet:

Der Mindestlohn für Ausgelernte beträgt im 1. Gehilfenjahr in Ortsklasse

I u. II	III	IV	V
28,90 Mk.	30,60 Mk.	32,30 Mk.	34,— Mk.

und § 5 Ziffer 16 hat folgenden Wortlaut:

Das Wochengeld der Lehrlinge beträgt:

im 1. Lehrjahr	4,— Mk.,
im 2. Lehrjahr	8,— Mk.,
im 3. Lehrjahr	12,— Mk.,
im 4. Lehrjahr	16,— Mk.

Dazu gilt noch folgende Fußnote:

„Die Bestimmungen der Ziffer 4 (§ 3) und Ziffer 16 (§ 5) werden verlängert mit der Maßgabe, daß dieselben jeweils am Freitag mit einer Frist von 6 Wochen wieder zum Freitag, frühestens jedoch zum 2. September 1932 kündbar sind.“

Der Schutzverband behält sich vor, rechtzeitig Abänderungsanträge für die gekündigten Tarifbestimmungen einzureichen. Man kann mit Recht darauf gespannt sein, wie diese Abänderungsanträge aussehen werden. Denn mit Todsicherheit ist doch damit zu rechnen, daß wieder eine Gewerberettungsaktion in Szene gesetzt wird. Und nach Schutzverbandsansicht können solche Rettungsaktionen nur in Lohnabbau bestehen. Also auf Kosten der Ausgelernten und der Lehrlinge soll ab Dezember das Gewerbe erneut gerettet werden. Wir müssen gestehen, wir sind direkt erschlagen ob der Großzügigkeit des sich eröffnenden Schutzverbandsplanes.

Wenn nicht alles täuscht, hat der Plan Konstruktions- und Formulierungsfehler. Man geht sicher nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Schutzverband etwas anderes gemeint als geschrieben hat. Doch das bleibt abzuwarten. Der Schutzverband hat die Kündigung bestimmter Tarifpositionen ausgesprochen, die zum angegebenen Termin wirksam wird. Mit diesem Termin entfällt zugleich auch die Friedenspflicht. Das ist nicht ganz unbedeutend. Denn daß der Verband geneigt sein könnte, ein neues, unter den jetzigen Bestimmungen liegendes Abkommen zu treffen, ist ganz ausgeschlossen. Die Schmutzkonzurrenz fördert die Gehilfenschaft nicht!

Gegen Reaktion — Für Sozialismus!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund hatten am 18. Oktober ihre Bundesausschüsse zu einer öffentlichen Kundgebung in den Saal des Reichswirtschaftsrates zu Berlin geladen, in der neben den beiden Bundesvorsitzenden Theodor Leipart und Siegfried Aufhäuser die Kollegen Tarnow und Nörpel über den Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Sozialreaktion sprachen. Die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten nahmen Stellung gegen die Lohntribute und für das kollektive Arbeitsrecht, gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus und bekannten sich einmütig zu folgender Entschliebung:

„Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingenterungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.“

Diesem Widersprüchen des Wirtschaftsprogramms entspricht sein unsozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuergeschenke erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im

Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. Sept. und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die kraße Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Entrüstung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der Kampf um die Rechte der ganzen deutschen Wirtschaft ist. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkaufkraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krise nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsförmern und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.“

Die Forderungen der freien Gewerkschaften vertritt im Reichstag uneingeschränkt nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Diese Unterstützung der freien Gewerkschaften durch die Sozialdemokratische Partei muß bei Reichstagswahlen durch die freien Gewerkschafter aus Eigeninteresse ihr Echo finden.

Am 6. November gibt der freie Gewerkschafter seine Stimme Liste 2, Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Arbeiterklasse, Arbeiterrechte und Reichstagswahl

Schon die vorige Reichstagswahl stand unter dem Zeichen des Kampfes um die Erhaltung des kollektiven Arbeitsrechts. Das Wahlergebnis hat erwiesen, daß sich die Arbeiterklasse immer noch nicht darüber klar ist, daß es gilt, durch Einigkeit und Geschlossenheit gegen die Gefährdung des kollektiven Arbeitsrechts anzukämpfen. Nun stehen wir wieder vor einer Reichstagswahl. Wiederum gilt es, die verfassungsmäßig gewährtesten Grundrechte der Arbeiterklasse zu verteidigen. Das gesamte kollektive Arbeitsrecht ist in Gefahr, eingengt oder abgebaut zu werden. Das gilt ebenso für die Meinungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit wie für den Tarifvertrag, das Schlichtungswesen, das Mitbestimmungsrecht und alle übrigen Teile des Arbeitsrechts.

In den letzten Wochen hat die gegenwärtige Reichsregierung bereits entscheidend in das Tarifrecht eingegriffen. Der Inhalt der Tarifverträge soll nicht mehr unabdingbar den Inhalt der Arbeitsverträge bestimmen, den Arbeitgebern ist das einseitige Recht gegeben worden, für die 31. bis 40. Stundenwoche eine Tariflohnminderung vorzunehmen oder nach Anerkennung der Gefährdung ihres Betriebes allgemein eine Tariflohnminderung bis zu 20 v. H. für sämtliche geleisteten Arbeitsstunden einseitig vornehmen zu dürfen. Damit ist die im Artikel 165 der Reichsverfassung gewährte Gleichberechtigung der Arbeiterklasse tatsächlich beseitigt und das Recht der Gewerkschaften, durch Tarifverträge die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit unmittelbarer und unabdingbarer Wirkung zu regeln, ebenfalls teilweise aufgehoben.

Während es im vorigen Wahlkampf noch allein darum ging, einen Abbau des Arbeitsrechts zu verhindern, geht es im jetzigen Wahlkampf bereits darum, die erfolgten Eingriffe in das kollektive Arbeitsrecht wieder zu beseitigen. Der Kampf gegen diese willkürlichen Eingriffe kann nur dann gewonnen werden, wenn nun endlich die gesamte Arbeiterklasse einig und geschlossen der Partei ihre Stimme gibt, die in erster Linie für die Schaffung und die Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts stets eingetreten ist. Das ist nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Jeder Arbeiter, der das Schicksal der völligen Entrenchung abwenden will, muß seine Stimme für diese Partei abgeben. Die kommende Reichstagswahl wird historische Bedeutung erlangen. Es ist vielleicht auf lange Zeit hinaus die letzte Möglichkeit, durch Einigkeit und Geschlossenheit die Arbeitsrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind, zu erhalten. Denn die gegenwärtige Reichsregierung spielt bereits mit dem Gedanken einer Verfassungsänderung und der Verschlechterung des Wahlrechts.

Mit einem gefügigen Reichstag oder wenn die Regierung diese Pläne auf dem Umweg über die Länder durchzusetzen vermag, wird sie noch leichteres Spiel haben, ihren arbeiterfeindlichen Kurs fortzuführen.

Diese Entwicklung kann nur aufgehalten werden, wenn alle Arbeiter am 6. November ihre Stimme für die Sozialdemokratie, für Liste 2, abgeben. Alle Stimmen der Arbeiterschaft gegen die volksfremde aller deutschen Regierungen der Nachkriegszeit, für den sozialen deutschen Volksstaat! Gegen die Vorherrschaft der Unternehmer, für die Erhaltung des kollektiven Arbeiterrechts!

Schützt den Lohn! Schützt die Kaufkraft!

Seit Anfang 1930 steht der Lohnabbau auf der Tagesordnung. Der erste Ansturm der Unternehmer galt den über tariflichen Arbeitsverdiensten. Durch ihren Abbau wurden bereits im Jahre 1930 die Stundenlöhne der Arbeiter im Durchschnitt um 6 v. H. gekürzt. Das Jahr 1931 brachte eine allgemeine Kürzung der tariflichen Lohnsätze; der Tariflohn wurde etwa um 8 v. H. gesenkt. Dann kam die Dezember-Notverordnung Brüning's mit ihrem Lohnraubdiktat, die Löhne wurden etwa auf den Stand vom Ende des Jahres 1925 zurückgeworfen. Damit sollten die Wünsche der radikalen Scharfmacher auf der Arbeitgeberseite in vollem Maße erfüllt worden sein.

Im ersten Halbjahr 1932 wurden die Löhne — besonders bei den Bauarbeitern — weiter gekürzt, zum Teil um 10, 15 und sogar 20 v. H. Nach der Tariflohnstatistik der freien Gewerkschaften lag der durchschnittliche Tariflohn Mitte 1932 um 3,5 Pf. tiefer als im Jahre 1925 — vor der großen Rationalisierungsumstellung der deutschen Industrie!

Seit der Übernahme der Macht durch das Kabinett von Papen setzte eine neue Offensive des Unternehmertums ein.

Die Regierung scheint aber von den Erfolgen ihrer Politik noch nicht befriedigt zu sein. Gleichzeitig mit der Beschneidung der Besitzenden mit den

Steuergutscheinen für mehr als 2 Milliarden Reichsmark, gleichzeitig mit den reichen Zoll- und Subventionsgeschenken an die Agrarier, öffnet sie einem neuen Lohnabbau Tür und Tor: bei der Erhöhung der Arbeiterzahl in einzelnen Betrieben gestattet sie den Arbeitgebern die Unterschreitung der tariflichen Lohnsätze um 12,5 v. H.

Mit diesem System muß Schluß gemacht werden. Lohnsenkung bedeutet Schmälerung der Kaufkraft der Volksmassen!

Zerrüttung der Kaufkraft bedeutet Verengung des Binnenmarktes.

Verengung des Binnenmarktes beim gleichzeitigen Rückgang der Ausfuhr bedeutet Rückgang der Produktion.

Rückgang der Produktion bedeutet Wachstum der Arbeitslosigkeit.

Die Regierung, die die Bereicherung der Reichen auf Kosten der Besitzlosen als höchste Weisheit und soziale Gesinnung betrachtet, muß verschwinden.

Die Papen-Regierung gegen die Opfer der Arbeit

Nach den Erklärungen der jetzigen Regierung bei ihrem Amtsantritt darf der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein. Deshalb hat die Regierung wohl auch als eine ihrer ersten Handlungen eine starke Kürzung der Unfallrenten vorgenommen. Die Renten für Unfälle, die sich in der Zeit vom 1. Juli 1927 bis 31. Dezember 1931 ereignet haben, sind um 15 v. H., die übrigen Renten, also auch die für künftig eintretende Unfälle, sind um 7,5 v. H. gekürzt worden. Insgesamt ist unter Berücksichtigung, daß auch die sogenannten kleinen Unfallrenten — von weniger als 20 v. H. der Vollrente — weggefallen sind, dadurch eine Ausgabensenkung von rund 90 Millionen Reichsmark jährlich bei den Trägern der Unfallversicherung eingetreten. Bei einer Gesamtausgabe für Entschädigungen von rund 347 Millionen Reichsmark im Jahre 1931 sind das über 25 v. H. Die Regierung hat sich die Behebung der finanziellen Notlage der Unfallversicherung sehr leicht gemacht, sie aber völlig einseitig durchgeführt. Opfer dieses rigorosen Rentenabbaues sind allein die Unfallverletzten und ihre Kinder und Witwen, Nutznießer dagegen ausschließlich die Mitglieder der Berufsgenossenschaften, die Unternehmer, denen dadurch die Beiträge ermäßigt wurden. Weitere Maßnahmen zur Sanierung der Unfallversicherung sind nicht erfolgt. Die Papen-Regierung hat durch Abbau und teilweise Entziehung der Unfallrenten wohl den Unternehmern einen erheblichen Teil ihrer bisherigen Pflichten abgenommen, aber bisher ihnen weder ihre Vorrechte in der Verwaltung beschränkt noch gewagt, ihnen auch nur im entferntesten ähnliche finanzielle Opfer aufzuerlegen wie den Unfallverletzten.

Die Gewerkschaften haben zur Ausgestaltung und Festigung der Unfallversicherung nachstehende Vorschläge gemacht:

1. Zweckentsprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung;
2. Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Unfallversicherung;
3. Verbesserung der Unfall- und Krankheitsverhütung, um dem Eintreten neuer Rentenfälle vorzubeugen;
4. Einführung einer unabhängigen Betriebsüberwachung auch für öffentliche Betriebe;
5. Erweiterte Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung.
6. Maßgebende Mitwirkung der Versicherten in der Unfallversicherung im Sinne des Artikels 161 der Reichsverfassung.

In dieser Richtung ist aber seitens der Regierung bisher nichts geschehen. Die Regierung hat sich nicht einmal entschließen können, eine bessere Bekämpfung der Betriebsgefahren zur Verhütung des Eintretens neuer Rentenfälle und damit weiterer Belastung der Unfallversicherung zu verlangen. Im Jahre 1930 sind in der gesamten Unfallversicherung für Rentenleistungen rund 355 Millionen Reichsmark ausgegeben worden. Demgegenüber steht die sehr geringe Summe von 9 Millionen Reichsmark für die Zwecke der Unfall- und Krankheitsverhütung. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn im gleichen Jahre 163.800 schwere und 9075 tödliche Unfälle eingetreten sind. Dadurch ist allein eine Steigerung der Rentenlasten um 15 Millionen Reichsmark innerhalb eines Jahres entstanden.

Diesem Raubbau am arbeitenden Menschen, dieser unverantwortlichen Vernichtung von Werten an Arbeitskraft und Gesundheit ist nur beizukommen, wenn es gelingt, den jetzt in sozialpolitischer Hinsicht gesteuerten Kurs zu ändern. Mit der jetzt betriebenen Unternehmer-Interessenpolitik muß Schluß gemacht werden.

Ihr Opfer der Arbeit, ihr an Arbeitskraft und Gesundheit für immer geschädigten Unfallverletzten, denkt an die Behandlung, die euch durch die Papen-Regierung zuteil geworden ist, und auch ihr anderer Arbeiter, die ihr noch im Vollbesitz eurer Leistungsfähigkeit seid, denkt aber jederzeit das gleiche Schicksal ereilen kann, denkt ebenfalls daran und gebt am 6. November dieser Regierung die Antwort darauf.

Wenige Zahlen beweisen,

worum es bei den in aller Heftigkeit entbrannten Kämpfen um die Sozialversicherung geht. Im Jahre 1900 betrug die Leistungen der deutschen Sozialversicherung nur 380 Millionen Mark. Im Jahre 1924 erreichten die Ausgaben der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge knapp 2 Milliarden Reichsmark. In den letzten Jahren wurden dagegen jährlich mehr als 6 Milliarden Reichsmark zur Unterstützung der Arbeitslosen, Kranken und Arbeitsunfähigen aufgewendet. Das war die Auswirkung einer erfolgreichen sozialpolitischen Gesetzesarbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im Parlament. Es war ein Anfang, denn so beachtlich die soziale Gesamtleistung des schwer ringenden Nachkriegsdeutschland war, so gering waren die einzelnen Unterstützungssätze, die den Hilfsbedürftigen gewährt wurden.

Reichskanzler v. Papen hat zum Angriff auf die staatliche soziale Fürsorge aufgerufen. Er beschuldigt die Gewerkschaften, daß sie durch die sozialen Aufwendungen die Wirtschaft planmäßig zerrütet hätten. Die Kräfte der deutschen Nation seien moralisch geschwächt, weil in den letzten Jahren durchschnittlich 700.000 Kranke, rund 800.000 Wöchnerinnen, 1,75 Millionen Unfallverletzte, mehr als 2,5 Millionen Invaliden und mehr als 1,5 Millionen Witwen und Waisen ihre dürftigen Renten oder Unterstützungssätze aus den Einrichtungen der Sozialversicherung bezogen.

Jetzt geht es nicht mehr um ein paar Groschen mehr oder weniger für die Rentner, Kranken oder Arbeitslosen. Es geht ums Ganze!

Staatliche Pflicht zur Fürsorge für die Bedürftigen oder Zerstörung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft durch Abbau der Sozialversicherung, das ist die Entscheidung, über die jeder einzelne Wähler am 6. November seine Stimme in die Waagschale zu werfen hat.

Man spielt mit dem Verbot der Gewerkschaften

Es scheint ziemlich festzustehen, daß der Arbeitsbeschaffungsplan der Papen-Regierung versagen wird. Die Unternehmerpresse ist eifrig dabei, den Gewerkschaften die Schuld hierfür in die Schuhe zu schieben. In ihrer Wut gerät die Reaktion in eine krankhafte Gemütsverfassung. Man fordert nicht mehr und nicht weniger als das Verbot der Gewerkschaften. Die schwerindustrielle „Deutsche Bergwerkszeitung“, eine der eifrigsten Verteidigerinnen der Papen-Regierung, schrieb in der Nummer vom 13. Oktober u. a. folgendes:

„Gegen das unverantwortliche Vorgehen der Gewerkschaften müßte, wenn sie sich nicht bald eines besseren besinnen, mit aller Energie vorgegangen werden. Wenn auch die Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Reichsverfassung gewährleistet ist, so braucht sich die Regierung noch lange nicht gefallen zu lassen, daß ihre wohlüberlegten Pläne durch die Gewerkschaften zunichte gemacht werden. Sollte man auf Gewerkschaftsseite fortfahren, rechtswidrige Streiks zu organisieren mit dem Ziele, den Wirtschaftsplan der Regierung zu zerstören, so bliebe nichts anderes übrig, als ein Streikverbot zu erlassen unter Androhung scharfer Strafen für die Rädelführer. Es scheint, als ob die Regierung noch eine Weile abwarten will, wie sich die Dinge gestalten, bevor sie zu diesen letzten Mitteln greift.“

Das ist sehr deutlich. Streikverbot und scharfe Bestrafung der sogenannten Rädelführer kommt einer Vernichtung der Gewerkschaften gleich. Die Kritik der Gewerkschaften an dem Arbeitsbeschaffungsplan, namentlich dessen sozialpolitischer Seite, wird weit in die Reihen der Unternehmer geteilt. Die Gewerkschaften sind nicht schuld, wenn die ausgepowerte Arbeiterschaft in eine verzweifelte Stimmung gerät und bei dem Ansinnen, erneute Lohnsenkungen auf sich zu nehmen, die Arbeit niederlegt. Die Regierung ist von den Gewerkschaften früh genug auf den voraussichtlichen Verlauf der Dinge aufmerksam gemacht worden. Übersieht man die Ereignisse der letzten Wochen, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß diese Regierung mit ihren Experimenten der deutschen Wirtschaft nicht förderlich, sondern hinderlich ist.

Am 6. November hat das deutsche Volk Gelegenheit, mit dem Stimmzettel zur Beseitigung dieser Regierung beizutragen. Wer das Koalitionsrecht sichern will, der muß am 6. November für die Liste 2 stimmen.

VERBAND UND BERUF

Werbearbeit der Jugend für den Verband

Nr. 40 unserer „Graphischen Presse“ widmete ihren Inhalt ausschließlich der Jugend und das mit Recht. Die Jugend wird in Kürze dort stehen, wo wir als Ältere uns jetzt befinden. Von dem Lebensinhalt und dem kollektiven Selbstbewußtsein der Jugend wird es abhängen, wie sich in der folgenden Zeit die Geschicke der Arbeiterschaft gestalten werden. Aber in vielen Köpfen der Arbeiter fehlt dafür die notwendige Erkenntnis. Dieser Mangel wird von unseren Gegnern erkannt und ausgenützt. Deren leichtfertige und verständlich erscheinende Phrasen werden leider oft mehr geglaubt, als die zielsicheren Ausführungen derer, die sich Tag für Tag im wirtschaftlichen und politischen Kampfe für die Interessen der Arbeiterschaft einsetzen. Die vielversprechenden und von wenig Inhalt zeugenden Tonarten unserer Gegner bedeuten für unsere Jugend und damit für die Arbeiterschaft keine geringe Gefahr. Erfahrung fehlt der heranwachsenden Generation, Bewußtsein und Lebensinhalt sollen sich erst entwickeln. Viele unserer älteren Kollegen, die sich reichlich Mühe geben, der Jugend behilflich zu sein, lernen zweifeln an ihr. Einflüsse der Fußballvereine und anderer typischen bürgerlichen und zeitlich unsinnigen Begleiterscheinungen wirken stärker auf sie, da diese nur auf sogenannte Jugendfreuden abgestimmt sind. Beispiele mancher älteren Kollegen und die Kurzsichtigkeit vieler Eltern fördern diese Dinge; und reichlich spät, wenn nichts oder nicht viel mehr zu retten ist, kommt die Erkenntnis. Aber alle Mißerfolge und Widerstände dürfen uns nicht abhalten, immer wieder zu versuchen, anderen Lebensinhalt, den der bewußten Arbeiterschaft, in die Köpfe der Jugend zu tragen. Die vorhandenen Erfolge zeigen, daß diese Arbeit nicht unnütz ist.

In Leipzig haben wir für die Lehrlingsabteilung alle, aber nicht alle für die Jugendarbeit erfaßt. Aber wir haben einen festen Kern, geschult in den regelmäßigen zweimaligen Heimabenden jeder Woche, auf unseren Wanderungen und in anderen Veranstaltungen. Zur Unterstützung unserer arbeitsfreudigen älteren Kollegen im Ort und im Gau hat die Jugend selbst einen Teil der Werbearbeit in die Hand genommen. Jugend soll selbst zur Jugend reden, war der Gesichtspunkt, der uns anspornte. Schon seit einer Reihe von Jahren nutzen wir alle Gelegenheiten aus, mit unseren Kollegen in anderen Orten auf unseren Fahrten zusammen zu kommen. Besonders aber in der Jetztzeit, wo das Jungvolk gar zu leicht durch Arbeitslosigkeit der Interesselosigkeit oder im Kadavergehorsam gegnerischen, militärisch aufgebauten Organisationen verfällt, gilt es sich zu bewegen. Keine Werbewoche trieb uns, sondern unsere Überzeugung. Im Mittelpunkt stand eine Rundfahrt dreier arbeitsloser Kollegen durch alle Gaue. In Verbindung damit und im Anschluß daran setzte sich der Kern unserer Gruppe in Bewegung.

Nerchau, am 16. und 17. Juli 1932.
Da es an Mitteln für die Bahnfahrt fehlte, wurden die Fahrräder in den Dienst gestellt. 21 Kollegen beteiligten sich. In Nerchau fanden wir eine muntere Gruppe. Wenige Jungkollegen sind dort, aber alle waren da und stolz trugen sie die drei Pfeile; Stimmung und Einstellung entsprachen diesem Symbol. Der dortige Vorsitzende führte uns, unterstützt durch geeignete Drucksachen, in die in Nerchau vorherrschenden Arbeiten (Keramik) ein. Unsererseits wurden besonders die harten Fragen der Gegenwart und die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeit betont. Ursachen der Krise und unsere Wege aus der gegenwärtigen Situation behandelt. Lebhaft war die Unterhaltung mit unseren Kollegen dieses Ortes. Mit unserem Gruß „Freiheit“ endete dieser Abend. Am folgenden Sonntag tummelten wir uns gemeinsam auf dem Gelände der Arbeiterschwimmer.

Halle, am 3. und 4. September 1932.
Fahrrad und Eisenbahn trugen 23 Kollegen dorthin. Unsere neu formierte Musikgruppe trat zum erstenmal öffentlich auf. Die Teilnahme der Kollegen aus Halle war gut, obwohl noch mehrere hätten kommen können. Vor allem muß das Interesse eines Teiles der älteren Kollegen betont werden. Halle ist ein eigenartiger Boden, es ist eine kleine Hochburg der Nazibewegung, die auch nicht ohne Auswirkung auf unsere Kollegen ist. Wenn sich auch die mit ihnen Sympathisierenden nicht restlos unter diese Gegner gemengt haben, so lassen sie sich doch durch verschiedene äußere Einflüsse abhalten, zu uns zu kommen, vielleicht aus Angst vor bestimmten Firmenleitungen oder Vorsetzungen. Wir können ihnen aber sagen: auch für sie hat der Unternehmer kein Interesse, wenn sie seinem Interesse und seinem Geschäftsgange nicht Rechnung tragen. Würde durch unsere Organisation nicht um die Arbeitsbedingungen gekämpft, so sähe es mies mit ihnen aus.

Nach kurzen Begrüßungen streifte Kollege Böhmer in einem trefflich angelegten Referat die

gegenwärtige Situation, ihre Ursache und die Möglichkeiten für die Arbeiterschaft, sich aus diesem Wirrwarr herauszulösen. Die Einheit der Gewerkschaften und bewußtes planmäßiges Wirtschaften geben eine Garantie vor Überwindung der Lage und sind gleichzeitig Richtlinien zur Vermeidung künftiger gleichartiger Auswüchse innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft. Aber nicht nur das soll unser Ziel sein, sondern der Aufbau einer Wirtschaft im Sinne des Sozialismus. Um diesem aber näher zu kommen, müssen alle mitarbeiten; Außenseiter helfen den Gegnern und verlangsamen die Vorwärtsbewegung. Anschließend fand in einzelnen Unterhaltungen lebhafter Gedankenaustausch statt, die Musiker sorgten für weitere Abwechslung, und um das Zusammensein noch weiter zu festigen, warteten die hallischen Kollegen mit Kaffee und Pflaumenkuchen auf. Mit unserem Kampflied „Die Internationale“ und mit „Freiheit“ wurde auch dieser Abend geschlossen.

Nach angenehmer Nacht in der Jugendherberge galt der Sonntag den schönen Plätzen in und um Halle, und in Gemeinschaft mit den dortigen Kollegen verbrachten wir den Nachmittag auf dem Volksfest der Naturfreunde in Ammendorf.

Gera, am 1. und 2. Oktober 1932.

Auch hier ist die Zahl der Jungkollegen nicht groß, aber alles war anwesend. Was an Jugend den Raum nicht füllte, hatten die älteren Kollegen, die gut vertreten waren, belegt, so daß, als wir 25 Leipziger kamen, der Raum restlos gefüllt war. Es ist immer besser, wenn Kollegen enger aneinanderrücken, als wenn zuviel Raum sie trennt. In Gera war vor einigen Wochen ein gleicher Vortrag wie in Halle gestiegen. Ganz anders zogen wir als Folge davon den Abend auf. Wir zeigten Jugendleben unserer Art, ließen es aber, unterstützt von den Geraer Kollegen, an Worten über die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeit nicht fehlen. Flotten Wanderliedern unserer Musiker folgten die Kampflieder. Alle stimmten dabei ein. Auch dieser Abend wurde nach dem Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ mit unserem Gruß geschlossen.

Der Sonntag galt einer Wanderung. Am Treffplatz trafen neben älteren Kollegen und einigen ihrer Frauen nur ein Jungkollege ein. Sport und andere Dinge schienen den Fehlenden wichtiger zu sein, als die Gemeinschaft der Kollegen. Aber mit denen, die sich beteiligten, verlebten wir einen angenehmen Sonntag. Auf ebenen und unebenen Wegen ging es vorwärts, die Frauen rüstig mit. In der schön gelegenen Ölmühle wurde Rast gehalten; die Geraer sorgten für Kaffee, die Leipziger für Abwechslung. Die Musiker kannten keine Ruhe, bis uns eine geeignete Wiese zur Rast veranlaßte. Der Fußball sorgte neben anderen Spielen für den der Jugend eigenen Zeitvertrieb und zur berechtigten Erholung. In den späten Nachmittagsstunden trennten wir uns in bester Stimmung mit „Freiheit“.

Alle Beteiligten an den verschiedenen Veranstaltungen erwarten, daß der Erfolg nicht ausbleibt. Wir geloben nicht zu rasten und zu versuchen, immer weitere Kreise zu erfassen und zu gewerkschaftlicher Arbeit, besonders aber innerhalb der Jugend, anzuspornen. Neue Aufgaben wurden bereits besprochen. Also auf zu neuem Tun, unsere Mittel werden sich nicht erschöpfen und neue Wege gefunden werden. *Theo. Kurth.*

Wo stehen wir?

Kollege Haß, unser Verbandsvorsitzender, besuchte uns Reichenbacher am 16. Oktober, nachdem er zuvor in anderen sächsischen Mitgliedschaften gesprochen hatte, um auch uns die Frage zu beantworten: Wo stehen wir? Die Versammlung im Café des Volkshauses war gut besucht, u. a. auch von Kollegen aus Zwickau, Greiz, Plauen, Oelsnitz und Glauchau. Nach einem Überblick über die erschütternde Wirtschaftslage ging Kollege Haß auf die Verhältnisse in Deutschland, schließlich auch in den Gewerbebezügen unseres Verbandes ein. Die Versuche der Unternehmerschaft, die Wirtschaft neu zu beleben, müssen fehlschlagen, weil man nur mit starrkapitalistischen Mitteln an die Lösung der Frage sich heranwagt. Die Regierung Brüning war eben daran, in großzügiger Form und grundlegend eine Besserung anzubahnen, als die Reichsbankleitung dazwischen fuhr und der Herrenklub das Ruder des Staatsschiffes herumzureißen sich unterfing mit dem entsetzlichen Erfolge, daß das Ausland die wenige Neigung schon verlor, die bisher noch darin bestand, daß es im eigenen wohlverstandenen Interesse zur Gesundung der deutschen Wirtschaft mit zu helfen versuchte. Der Autarkieun Sinn, mehr schlecht als recht aus den Wahlversprechungen der Nazis übernommen, verschloß die wenigen noch erhalten gebliebenen Absatzgebiete für unsere Industrie vollkommen. Die Versuche, durch ein Dumping Verlorenes wieder- und andere Absatzmöglichkeiten neuzugewinnen, scheiterten an den schnell errichteten Zollmauern ebenso völlig. Für unsere Ver-

bandskollegen ist nun die leidige Folge, daß die Hälfte vollarbeitslos, von den Verbleibenden wieder die Hälfte kurz arbeitend und auch nur eine leichte Besserung durchaus nicht zu sehen ist. Technisierung und Rationalisierung haben alle die Betriebe ruiniert, die mit der Aufstellung neuer Maschinen und der Einführung moderner Arbeitsweisen nicht Schritt halten konnten. Andere, vormals führende, große Betriebe mußten daran zugrunde gehen, daß mehrere Unternehmerfamilien zwar beim Löhndrücken vorangingen, ihr Drohneneinkommen aber nicht schmälern lassen wollten. Nach rechtfertigen Ausführungen über unsere Tarifpolitik und der Feststellung, daß unser Verband eines der Kernstücke der deutschen Gewerkschaftsbewegung sei, schloß Kollege Haß mit dem Wunsch, daß wir ihm die Treue halten und dadurch auch zu einer Besserung an unserm Teile beitragen möchten. — In der Aussprache wurde zum fleißigen Lesen der Partei- und Gewerkschaftspresse aufgefordert, weil jeder, der diese Bildungsgelegenheit nicht mitnimmt, in kurzer Zeit den Blick für die wirtschaftlichen Zusammenhänge verlieren und politisch verblöden muß. Die von der Not erzwungene Einschränkung unserer technischen Weiterbildungseinrichtungen wurde lebhaft bedauert. Die kühne Behauptung eines Redners, in russischer Gefangenschaft und nach der Oktober-Revolution habe zu Taschkent das trockene Brot besser geschmeckt, als hierzulande Gänsebraten, weil man gewußt habe, man darbe für den Aufstieg der Arbeiterklasse und die Macht der Sowjets, wurde von dem Kameraden, der dasselbe Los geteilt hatte, gebührend widerlegt. Das Schlußwort des Kollegen Haß war eine ernste Mahnung nicht nur an die Rußlandfreunde, sondern überhaupt an Auswanderungslustige, sich die Sache genau vor der Stellungsannahme zu überlegen, wenn man nicht so schlimme Erfahrungen machen wollte, wie schon viele unserer Kollegen. Der Vorsitzende Kollege Fuchs forderte auf, am 6. November Sozialdemokraten zu wählen und schloß mit unserem Kampfrufe „Freiheit!“. *E. P.*

Robert Kamke 25 Jahre ehrenamtlicher Funktionär unserer Organisation

Kollege Robert Kamke wurde im Oktober 1907 das erstmalig zum Kassierer der Berliner Kupferdrucker und seit dem jedes Jahr (wie die Berliner Kollegen sagen „auf Leibzeit“) wiedergewählt.

Unser Robert hat sich nie die Verbandsarbeit im Interesse seiner Kollegen verdrissen lassen. Dabei aber auch seiner Familie gegenüber gerecht zu werden, ist das schwere Los eines Funktionärs in der Arbeiterbewegung.

Die Gruppe der Kupfer- und Tiefdrucker, Lichtdrucker und Photographen wünscht ihrem Jubilar, daß er noch viele Jahre im Kreise seiner Berliner Kollegen sich wohl fühlen möge.

Robert, Dir ein kräftiges „Freiheit!“

Emil Albrecht †

Die Organisation hat wieder einen ihrer getreuesten Söhne verloren. Am 9. Oktober starb der Kollege Steindruckerei Emil Albrecht, Potsdam, an einem schweren Magenleiden. Der Tod setzte damit einer Arbeit für unsern Verband ein nur zu frühes Ziel. Denn Kollege Albrecht, obwohl schwer magenleidend, hielt es für seine ernsteste Pflicht, dem Verband seine Kräfte zu weihen, solange ihm ein Wirken möglich war. Mehr denn 25 Jahre lang stand er in der kämpfenden Kollegenschar und seit 1919 leitete er als Vorsitzender die Mitgliedschaft Potsdam. War Potsdam auch eine kleine Mitgliedschaft, die nicht gestaltend in die Geschicke des Verbandes eingriff, so galt es doch, alle Verbandspflichten zu erfüllen. Nach seinen Kräften hat Kollege Albrecht in treuer Anhänglichkeit zur Organisation diese Pflichten erfüllt und damit den Dank der Kollegen erworben. Als prächtiger Mensch, guter Kamerad und Mitarbeiter am Bau des Verbandes ist dem Kollegen Emil Albrecht ein dauerndes Gedenken der Kollegen sicher.

Lohnkürzungen in Holland

Die Löhne der Lithographen und verwandten Berufe in Holland sind auf Grund der Vertragsklausel herabgesetzt worden, welche vorschreibt, daß sich die Löhne den Lebenshaltungskosten anzupassen haben. Hinzu kommt die Tatsache, daß die lithographischen Anstalten in Holland zumeist für den Export nach England gearbeitet haben und die Geschäfte nach dort sehr zurückgegangen sind, was für die Unternehmer natürlich ein Anlaß war, noch mehr auf die Löhne zu drücken. Diese Tatsache ist aber auch der Grund dafür, daß vom Verband der Litho-, Photo- und Chemigraphen wieder die Frage der Verschmelzung mit den Buchdruckern und Buchbindern zur Diskussion gestellt wird.

Der arbeitende Mensch in der bildenden Kunst

Von Walther G. Oschilewski.

III.

Honoré Daumiers große Kunst verfügt ebenfalls über Arbeitsbilder, die nicht Ausdruck seines sarkastischen zeitkritischen Temperaments sind, wie wir es in seinen unsterblichen Karikaturen lieben. Wir besitzen von ihm auch Gemälde und Zeichnungen, deren schlichte, warmquellende Schönheit ergreifend ist. Es sei nur auf sein Gemälde „Die Wäscherin“ und auf die Zeichnung „Der Arbeiter mit dem Schubkarren“ verwiesen. In dem Bauernsohn Gustave Courbet besitzt die arbeitende Menschheit einen ihrer überzeugtesten Mitkämpfer. Wie Emile Zola in der Literatur, so plädierte Courbet in der bildenden Kunst für den Realismus der Wahrheit. Ein Rebell, vielleicht auch ein wenig eitel in seiner pathetisch vorgetragenen Überzeugung, sagte er dem Klassizismus und der Romantik den Kampf an. Den von ihm mit Mut und Temperament vertretenen Ideen entsteht in seinem 1851 geschaffenen Gemälde „Die Steinklopfer“ eine beredete Manifestation. Dieses Werk verursachte eine ähnliche Erregung wie Millets Frühwerke. Sie war so groß, daß Courbet es vor den Stöcken und Schirmen der Protestierenden schützen mußte, was um so verständlicher ist, als dieses Bild in seinem farbenprächtigen Realismus wirklich alles andere als aufregend ist.

Von Claude Monet, dem Meister des Impressionismus, existiert nur ein Arbeitsbild „Die Auslader“. Monet hatte wenig Interesse an der Darstellung der Arbeit; sie war für ihn mehr ein künstlerisches als ein soziales Problem. Dennoch läßt der wirkungsvoll wiedergegebene Arbeitsrhythmus der „Auslader“ dieses Werk zu einem wichtigen Beispiel der Arbeitsbilder in der Kunst des 19. Jahrhunderts werden. Ähnlich ist es bei Edgar Degas, von dem ein prächtiges Bild „Bügelinnen“ von besonderen malerischen Qualitäten bekannt ist.

Paul Gauguin's exotisches Werk „Tangsamler“ in seiner eigenen primitiven und stilisierten dekorativen doch durchseelten Auffassung bringt die in Luft, Licht und Bewegung aufgelösten Elemente des impressionistischen Bildes zu großer ruhiger Form.

Wenn dieser Wegbereiter der Ausdruckskunst, des Expressionismus, genannt wird, muß jetzt

Vincent van Gogh erwähnt werden, dessen künstlerischem Lebenswerk die moderne Malerei ihre entscheidendsten Anregungen verdankt. Van Goghs von menschlicher Hingabe erfülltes Leben gehört zu den ergreifendsten Zeugnissen der Künstlergeschichte. Er bewunderte den großen Meister Millet, und dem mühseligen Dasein der Arbeiter und Landproletarier Gerechtigkeit, Lebenssinn und Freude zu erkämpfen, war ihm die wichtigste Aufgabe. Seine Bilder, die in flammensprachigen Expressionen das harte Erdenschicksal der Bergleute und Bauern, der Arbeiter und Handwerker vor das soziale Gewissen der Zeit stellten, schenkte er in menschlicher und künstlerischer Selbstlosigkeit denen, die Freude daran hatten. Immer verlangte seine Seele nach Gott und nach brüderlicher Hingabe an den Menschen. Nur in tätiger Hilfsbereitschaft glaubte er, das Recht zum Leben zu erwirken. Soweit sein ungeheures künstlerisches Temperament nicht landschaftliche Motive und dergleichen wählte, diente es der Darstellung des arbeitenden Menschen, dem er mit seinen farbenhymnischen Gemälden Raum und Anerkennung in der modernen bildenden Kunst eroberte. Er begann in einem genialen Dilettantismus, mit graubraun gehaltenen Stilleben, von eindrucksvoller Nüchternheit, um dann nach der Bekanntschaft mit den Impressionisten und mit Delacroix in seinen späteren Werken die Rebellion der ungebundenen Kräfte der Natur aufbroden zu lassen. Sein Werk wird niemals in der Leidensgeschichte der arbeitenden Menschheit auszulöschen sein.

Das Elends- und Arbeitschicksal unterer Volksschichten rührte immer mehr an den Schlaf der Zeit und brachte das soziale Gewissen auch in der Kunst zum Aufbruch. Der Himmel, der über den industriellen Landschaften Europas stand, war nicht mehr der sorglos heitere Himmel der Antike. Während van Gogh den Arbeiter mehr in seiner leidvollen Erdenschwere und Schicksalsgebundenheit sichtbar machte, hat der belgische Bildhauer Constantin Meunier ihn in seiner energiegeladenen Körperlichkeit zu einem selbstbewußten, nicht mehr mutlos ergebenden Menschen unserer Zeit werden lassen. Meuniers Lasträger, Glasbläser, Hammer-schmiede und Bergleute sind Verkörperungen des plastischen Gefühls der Neuzeit und in ihrem herben Stolz die stein- und metallgewordene Wesenhaftigkeit eines neuen Menschentypus. Sein grandioses Lebenswerk, das „Denkmal der Arbeit“, ist leider unvollendet geblieben.

Der 1848 gegründeten Prärafaeliten-Bruderschaft in England, der der bekannte Vorkämpfer

des modernen Kunstgewerbes, John Ruskin Führer war, stand Ford Madox Brown nahe, der das erste moderne englische Arbeitsbild, „Die Arbeit“ betitelt, malte. Interessant ist die Feststellung, daß auf diesem Bild der Sozialreformer Maurice als Zuschauer porträtiert ist, was als Hinweis auf die Bedeutung der sozialreformerischen Ideen Englands in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gelten kann.

Walter Crane tritt schon mit ausgesprochen sozialistischer Tendenz auf. Seine Zeichnung „Der Landarbeiter“ bringt einen Engel zur Darstellung, der aus einem mit dem Wort „Sozialismus“ beschrifteten Korb Samen in das durchpflügte Erdreich wirft. Schriftbänder auf den Flügeln des Engels tragen die Inschriften „Das Land den Arbeitern, Hoffnung in der Arbeit und Freude in der Muße“. Die Landfrage stand angesichts der englischen Latifundienwirtschaft seinerzeit im Mittelpunkt des sozial-politischen Interesses. Der Deutsch-Engländer Hubert Herkomer lieferte Zeichnungen und Lithographien für die Zeitschrift The Graphic, worunter Arbeitsszenen von eindrucksvoller Wirkung zu finden sind. Als ein Meisterwerk muß sein bekanntes Streikbild bezeichnet werden. Ein streikender Arbeiter steht auf der Schwelle seines Hauses, seine Frau, vergrämt, trägt ein Kind auf dem Arm. Dieses auch sozial-psychologisch interessante Bild ist nicht immer eindeutig erklärt worden. Paul Brandt, der Verfasser dieses imposanten Werkes „Schaffende Arbeit und bildende Kunst“, der ersten zusammenfassenden Darstellung des künstlerischen Arbeitsbildes, ist der Auffassung, „daß der arbeitende Mann unter dem Zwange der von Crane gepriesenen Solidarität die Arbeit meiden muß“. Eine nicht ganz einwandfreie, überdies ein wenig gehässige Interpretation.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Der Schutzverband kündigt! / Gegen Reaktion — Für Sozialismus! / Arbeiterklasse, Arbeiterrechte und Reichstagswahl / Schützt den Lohn! Schützt die Kaufkraft! / Die Papen-Regierung gegen die Opfer der Arbeit / Wenige Zahlen beweisen / Man spielt mit dem Verbot der Gewerkschaften.

Verband und Beruf: Werbearbeit der Jugend für den Verband / Wo stehen wir? / Robert Kamke Emil Albrecht / Lohnkürzungen in Holland.

Der arbeitende Mensch in der bildenden Kunst III. Den Toten zum Gedächtnis / Anzeigen.

Den Toten zum Gedächtnis!

1932.

† Am 27. August in Bremen **Paul Langer**, Steindrucker aus Leipzig-Neustadt, 43 Jahre alt, an Zuckerkrankheit und Lungenleiden, krank 6 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 3. März 1912.

† Am 29. August in Lahr i. B. **Hermann Maler**, Lithograph aus Friesenheim Amt Lahr, 67 Jahre alt, plötzlich an Gehirnschlag. — Eingetreten in Lahr i. B. am 16. März 1919.

† Am 1. September in Krefeld **Eduard Böhm**, Formstecher aus Böhmisch-Aicha, 55 Jahre alt, infolge Verkehrsunfall (vom Auto überfahren). — Eingetreten in Krefeld am 23. März 1919.

† Am 4. September in Dresden **Wilhelm Fritzsche**, Lichtdruck-Retuscheur aus Hohenstein, 71 Jahre alt, an einer Zellgewebeentzündung, krank 8 Jahre und 2 Monate. — Eingetreten in Dresden am 21. September 1919.

† Am 5. September in Berlin **Bernhard Perl**, Kopierer aus Berlin, 64 Jahre alt, an Herzlähmung, krank 9 Wochen und 2 Tage. — Eingetreten in Berlin am 2. Januar 1916.

† Am 7. September in Ulm a. d. D. **Adolf Hummel**, Steindrucker aus München, 21 Jahre alt, an spinaler Kinderlähmung, krank 1 Woche. — Eingetreten in Ulm a. d. D. am 3. August 1930 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 10. Juni 1928).

† Am 9. September in Leipzig **Oskar Hünig**, Steindrucker aus Leipzig, 66 Jahre alt, an Herzschlag, Invalide seit 11. Oktober 1929. — Eingetreten in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 10. September in Berlin **Otto Dombrowski**, Chemigraph aus Bromberg, 60 Jahre alt, an Herzschwäche, krank 35 Wochen und 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 4. Oktober 1900.

† Am 11. September in Bautzen **Eduard Röhrich**, Steindrucker aus Breslau, 73 Jahre alt, an Gehirnschlag, Invalide seit 29. Oktober 1922. — Eingetreten in Neurode i. Schl. am 1. Mai 1887.

† Am 11. September in Dresden **Robert Claus**, Lichtdrucker aus Chemnitz, 67 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 6 Wochen und 1 Tag. — Eingetreten in Dresden am 3. Oktober 1920.

† Am 13. September in Mannheim **Robert Pisarz**, Steindrucker aus Breslau, 50 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden. — Eingetreten in Halberstadt am 19. Dezember 1904.

† Am 28. September in Dresden **Emil Kajetan**, Steindrucker aus Troppau i. Österr. Schlesien, 51 Jahre alt, an Thrombosis (Blutgefäßverstopfung), krank 3 Tage. — Eingetreten in Dresden am 15. Okt. 1911.

† Am 4. Oktober in Leipzig **Franz Neumann**, Steindrucker aus Breslau, 62 Jahre alt, an Herzleiden und Lungenentzündung, krank 3 Wochen und 2 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 29. August 1903.

† Am 6. Oktober in Stuttgart **Carl Henzler**, Lithograph aus Stuttgart, 69 Jahre alt, an Schlaganfall, krank 1 1/2 Jahr. — Eingetreten in Stuttgart am 29. Juni 1919.

† Am 9. Oktober in Stuttgart **Theodor Knayer**, Chemigraph aus Stuttgart, 63 Jahre alt, plötzlich an Gehirnschlag. — Eingetreten in Stuttgart am 9. September 1928.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets *sofort* Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Ruinamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Verbandsvorstand.**

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsals D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

KARL MESS G. M. B. H., BERLIN SO 36, Wiener Straße Nr. 50, Tel. F. 8. Oberbaum 2289.

Achtung! Dresden!

Angehörige dergraphischen Berufe werden gebeten, ihren Bedarf an

Qualitätszigarren und allen Tabakwaren

zu decken im Geschäft des arbeitsl. Kolleg.

P. SEIFERT,

Reitbahnstr. 15 (5 Min. vom Hauptbahnhof)

DAS PHOTO

ABC

mit einer Einleitung

„Vom Wesen der Photographie“

Von Fritz Hansen (Berlin).

Druck und Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig

Preis 2.30 RM. einschließlich Nachnahme.